

Berlin, 21. April 2021

---

Deutscher Industrie- und Handelskammertag

---

## **DIHK-Stellungnahme zum Entwurf der neuen Mitteilung der Europäischen Kommission zu „Kriterien für die Würdigung der Vereinbarkeit von staatlichen Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse mit dem Binnenmarkt“**

*Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag bedankt sich für die Möglichkeit, zum Entwurf der neuen Mitteilung der Europäischen Kommission zu „Kriterien für die Würdigung der Vereinbarkeit von staatlichen Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse mit dem Binnenmarkt“ Stellung zu nehmen. Anbei übermitteln wir Anmerkungen aus Sicht der deutschen gewerblichen Wirtschaft. Grundlage dieser Stellungnahme sind die dem DIHK bis zur Abgabe der Stellungnahme zugegangenen Äußerungen der Industrie- und Handelskammern und der Mitglieder seiner beratenden Ausschüsse sowie die Europapolitischen Positionen und das vom Vorstand des DIHK am 17. Juni 2020 beschlossene Positionspapier „Empfehlungen für eine europäische Industriepolitik“. Sollten dem DIHK noch weitere, in dieser Stellungnahme noch nicht berücksichtigte, relevante Äußerungen zugehen, wird der DIHK diese Stellungnahme entsprechend ergänzen.*

### **Einleitende Anmerkungen**

„Important Projects of Common European Interest (IPCEI)“ sind gegenwärtig eines der zentralen Instrumente der EU-Industriepolitik. Da sie sowohl die Chance zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland und der EU als auch die Gefahr von Marktverzerrungen, durch die mit IPCEIs einhergehenden weitreichenden Markteingriffe, mit sich bringen, sind die für IPCEI geltenden Regelungen von großer Bedeutung für gewerbliche Unternehmen aus Deutschland. Aufgrund der mit diesem Instrument verbundenen Risiken, sollten sie nur dort eingesetzt werden, wo sie notwendig sind, jedoch nicht wo immer möglich.

## Bessere Einbindung von KMU

Der neue Entwurf für eine Mitteilung zu IPCEI ist in seinen Anliegen, Begriffe zu klären und die Teilnahme von klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) zu erleichtern, grundsätzlich positiv zu bewerten. Die deutsche gewerbliche Wirtschaft sieht jedoch im Detail an der ein oder anderen Stelle auch noch Anpassungsbedarf.

In der geltenden IPCEI-Mitteilung aus 2014 wurde bisher nicht auf die spezifische Situation von KMU eingegangen. Die beiden im neuen Mitteilungsentwurf aufgenommenen Ergänzungen zur besseren Einbindung von KMU werden von Unternehmen positiv gesehen.

*„5. [...] ist es wichtig, dass KMU an IPCEI teilnehmen und von ihnen profitieren können. Die Kommission wird bei ihrer Beurteilung die Umstände berücksichtigen, unter denen eine übermäßige Verfälschung des Wettbewerbs durch die angemeldete Beihilfe weniger wahrscheinlich ist. Dies könnte beispielsweise aufgrund der Höhe der Beihilfe der Fall sein.“*

*„22. [...] wird die Kommission das Vorhaben positiver bewerten, wenn [...] sich das Vorhaben [...] durch die Einbindung von Unternehmen verschiedener Größe und insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Großunternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen in verschiedenen Mitgliedstaaten auszeichnet.“*

Zur Erhöhung der Attraktivität einer Teilnahme von KMU an IPCEI sind jedoch weitergehende Maßnahmen notwendig. Das „think small first“ Prinzip findet hier keine ausreichende Anwendung. Der mit der Antragstellung zur Genehmigung eines IPCEI verbundene bürokratische Aufwand wird von Unternehmen als sehr hoch angesehen. Dies kann insbesondere KMU von der Antragstellung abhalten, da sie nicht die selben Planungskapazitäten wie Großunternehmen haben. Daher sollte aus der Schlussfolgerung im Entwurf der IPCEI Mitteilung, dass übermäßige Wettbewerbsverzerrungen bei niedrigeren Beihilfebeträgen (z. B. für KMU) grundsätzlich weniger wahrscheinlich sind, auch folgen, dass eine erleichterte Antragstellung mindestens für KMU und Startups gerechtfertigt ist und geprüft werden sollte.

Grundsätzlich sind für KMU neben dem Aufwand für die Antragstellung und Berichterstattung insbesondere die Dauer von der Einreichung des Antrags bis zur Förderzusage, die Förderquote und auch eine gewisse Erfolgsquote wichtige Kriterien für die Attraktivität von Förderprogrammen. Wichtig ist auch, dass KMU und Startups effektiv von der Einrichtung von IPCEI erfahren. Hier sollten zusätzliche Maßnahmen zur Bekanntmachung ergriffen werden.

Die Zusammenarbeit von großen und kleineren Unternehmen ist in Forschungsprojekten außerhalb von IPCEI weit verbreitet. Häufig sind KMU auf große Partner mit direktem Marktzugang angewiesen. Außerdem führen Großunternehmen häufig Konsortien und können so die Antragstellung für KMU durch die Zusammenarbeit etwas erleichtern. Dabei sollte

darauf geachtet werden, dass die Regelungen so ausgestaltet sind, dass KMU tatsächlich eine aktive Rolle in den IPCEI spielen können. Grundsätzlich sollte aber das Ziel sein, dass IPCEI in der Antragstellung und im Aufwand der Dokumentations- und Nachweispflichten so schlank ausgestaltet werden, dass auch IPCEI die ausschließlich oder überwiegend von KMU gegründet werden, in der Realität möglich sind. In dem Kontext stellt sich zusätzlich die Frage, wie die Aufnahme von Startups als Innovationstreiber in IPCEI ermöglicht wird. Dafür sollte auch der zu erbringende Eigenfinanzierungsanteil von KMU und Startups im Vergleich zu Großunternehmen angemessen sein und nicht abschrecken.

Eine Industrie- und Handelskammer regte darüber hinaus Quoten für die Teilnahme von KMU an IPCEI an, die sich an deren prozentualen Anteil im jeweiligen Geschäftsfeld orientieren. Ein Unternehmen merkte an, dass eine Zusammenarbeit von Partnern aus verschiedenen EU-Ländern in einem IPCEI nicht immer verpflichtend sein sollte.

## **Rückforderungsmechanismus**

Hinsichtlich des im IPCEI Mitteilungsentwurf vorgesehen Rückforderungsmechanismus haben wir unterschiedliche Rückmeldungen aus den Industrie- und Handelskammern und von einzelnen Unternehmen erhalten. Teilweise wird Verständnis dafür geäußert, dass der Staat, wenn er mit großen Summen an Fördermitteln ins Risiko geht, hinterher auch entsprechend an Gewinnen beteiligt wird. Teilweise wird jedoch auch die Meinung vertreten, dass der Staat durch zusätzliche Steuereinnahmen und entstehende Arbeitsplätze ohnehin schon davon profitieren würde, wenn ein IPCEI besonders erfolgreich wäre. Einhellig gefordert wird, dass sollte ein solcher Rückforderungsmechanismus für IPCEI gelten, er berechenbar ausgestaltet sein sollte. Unternehmen sollten im Vorhinein wissen, auf was sie sich einlassen, um die Chancen und Risiken einer Teilnahme an einem IPCEI abwägen zu können. Es sollten daher klare Mindestvoraussetzungen genannt werden, ab wann eine Rückforderung eintreten könnte. In jedem Fall wird die Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanzierung komplexer (sind z. B. Rückstellungen für Rückzahlungen notwendig?), wenn Unternehmen, die Fördermittel in Anspruch genommen haben, damit rechnen müssten, im Erfolgsfall die Fördermittel aufgrund von Rückforderungen wieder zurückzahlen zu müssen. Unabhängig davon, ob ein solcher Mechanismus am Ende zum Einsatz käme oder nicht, verkompliziert er die Förderprozesse und kann die Bereitschaft zur Teilnahme an Förderprogrammen senken, da für die Unternehmen ein weiteres Risiko entsteht. Eine möglichst unbürokratische Ausgestaltung wäre daher wichtig. Ebenso sollten höher als geplant ausfallende Aufwendungen ebenfalls berücksichtigt werden. Gleichzeitig muss der Anreiz, erfolgreich zu sein, in jedem Fall gewahrt bleiben. Es könnte daher ein Deckel für den Rückforderungsmechanismus festgelegt werden.

Ein Unternehmen regte darüber hinaus an, dass durch IPCEI entstehende Gewinne nicht ins außereuropäische Ausland überführt werden können sollten und der staatlich geförderte Gewinn im jeweiligen Förderland reinvestiert werden sollte. Außerdem äußerte ein anderes

Unternehmen, dass die Entscheidung über die Nutzung eines Rückforderungsmechanismus ausschließlich beim anmeldenden Mitgliedstaat liegen sollte und nicht zusätzlich durch Aufforderung der EU-Kommission eingeführt werden können sollte.

## **Ex-post Evaluierungen**

Die im Mitteilungsentwurf gewählte Formulierung

*„54. Die Durchführung des Vorhabens unterliegt einer regelmäßigen Berichterstattung. Bei Bedarf kann die Kommission die Durchführung einer Ex-post-Evaluierung verlangen.“*

stößt in der gewerblichen Wirtschaft mehrheitlich auf Bedenken. Wenngleich es einzelne Meinungen gibt, die eine zusätzliche Ex-post-Evaluierung komplett ablehnen oder dieser Formulierung in der vorliegenden Form zustimmen, sieht eine Mehrheit die Notwendigkeit, den Bedarfsfall weiter zu konkretisieren. Es sollten daher Kriterien genannt werden, bei deren (Nicht-)Erfüllung eine Ex-post-Evaluierung ausgelöst werden kann. Andernfalls könnten interessierte KMU vor einer Teilnahme abgehalten werden, da sie relevante Gründe für eine Ex-Post-Evaluierung schwieriger abschätzen können. Entsprechend sollten rechtsverbindliche und klare Anforderungen, die eine Ex-Post-Evaluierung rechtfertigen, aufgenommen werden. Hierbei sollten möglichst schlanke und bürokratiearme Verfahren genutzt werden und der bürokratische Aufwand, insbesondere für KMU, in jedem Fall so gering wie möglich gehalten werden.

## **Im Annex I genannte beihilfefähige Kosten**

Die im Annex I aufgelisteten beihilfefähigen Kosten werden mehrheitlich als angemessen angesehen.

## **Gemeinsames europäisches Interesse**

Ein anderes großes mittelständiges Unternehmen regte darüber hinaus an, dass zu den im Mitteilungsentwurf unter 3.2.1 aufgeführten Vorhaben, die einen wichtigen Beitrag zu den Zielen der EU leisten, die Förderung der Gesundheitswirtschaft hinzugefügt werden sollte.

**Wer wir sind:**

Unter dem Dach des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) haben sich die 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) zusammengeschlossen. Unser gemeinsames Ziel: Beste Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften.

Auf Bundes- und Europaebene setzt sich der DIHK für die Interessen der gesamten gewerblichen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit ein.

Denn mehrere Millionen Unternehmen aus Handel, Industrie und Dienstleistung sind gesetzliche Mitglieder einer IHK - vom Kiosk-Besitzer bis zum Dax-Konzern. So sind DIHK und IHKs eine Plattform für die vielfältigen Belange der Unternehmen. Diese bündeln wir in einem verfassten Verfahren auf gesetzlicher Grundlage zu gemeinsamen Positionen der Wirtschaft und tragen so zum wirtschaftspolitischen Meinungsbildungsprozess bei.

Darüber hinaus koordiniert der DIHK das Netzwerk der 140 Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen der Deutschen Wirtschaft in 92 Ländern.

**Ansprechpartner:** Christopher Gosau, [gosau.christopher@dihk.de](mailto:gosau.christopher@dihk.de), +32 2 286 1661